

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 319 | 02/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

BILDUNG, SOZIALES, GESUNDHEIT:

FÜR STREIKS
AM 8. MÄRZ!

ПОДРОСТКИ ПРОТИВ
ВОЙНЫ!

Für Streiks am 8. März
gegen Sexismus, Homophobie
& ein ungerechtes System
RQSA

IT'S A CRISIS
NOT A JOBS?

RIOTS NOT DIETS

AUS DEM INHALT

» Die **Gesundheitsreform** ist eine Mogelpackung und öffnet Privatisierung Tür und Tor – was es stattdessen braucht

Seite 4

» Die **AK-Wahlen** laufen an – warum sie uns nicht egal sein können, wo linke Stimmen am besten aufgehoben sind, und warum Wahlkampf alleine nicht reicht

Seite 6

» Warum wir **feministische Streiks** brauchen – und welche Lehren wir dafür aus der Geschichte und aktuellen Bewegungen ziehen können

Schwerpunkt

WER WIR SIND



» Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen

Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Wien Nord

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Aktuelle Infos unter slp.at/kalender,
Einwahldaten für Online-Treffen
unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Internationale Sozialistische Alternative, Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 256000000008812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

ISA/ROSA-Sommercamp

Eine Woche voller Workshops und Diskussionen mit Sozialist*innen aus verschiedenen Ländern über aktuelle politische Fragen und Perspektiven – mit jeder Menge See und Sonnenschein!

**18.–25.8. | Turnersee/Zablaško jezero
Kärnten/Koroška**

Programm unter: slp.at

Anmelden unter: slp@slp.at

Februaraufstand gegen den "Volkskanzler"

von Sebastian Kugler

„Dieses Gemälde bringt den Volkskanzler in seiner ganzen Güte lebenswarm und förmlich sprechend zum Ausdruck.“ – Nein, dieser Satz entsprang keiner Zukunftsfantasie Herbert Kickls. So beschrieb die „Reichspost“ 1934 jenes Gemälde, das der austrofaschistische Diktator Engelbert Dollfuß kurz vor seinem Tod von sich anfertigen ließ – und welches die ÖVP 1945 gleich wieder in ihrem Parlamentsklub aufhängte.

Ein halbes Jahr zuvor hatte „Volkskanzler Dollfuß“ den Arbeiter*innen-Aufstand vom 12. Februar brutal niederschlagen lassen. Dieser war das letzte Aufbäumen der verzweifelten österreichischen Arbeiter*innenbewegung, die von ihrer sozialdemokratischen Führung bis zur Bewegungsunfähigkeit gelähmt worden war – aber auch Auftakt des bewaffneten sozialistischen Widerstands gegen die europäischen faschistischen Regime.

Hintergrund der damaligen Ereignisse war eine schwere Krise des Kapitalismus und seiner politischen Institutionen. Um ihr System zu retten, setzten die Herrschenden zunehmend auf autoritäre Maßnahmen. So wurde 1932 nach der Pleite der „Creditanstalt“ der österreichische Kapitalismus durch eine „Anleihe“ des Völkerbunds gerettet – dafür wurde jedoch Sozialkahlschlag von einem solchen Ausmaß eingefordert, dass er über den parlamentarischen Weg unmöglich war. Deshalb notierte sich Rost van Tonningen, der Völkerbund-Gesandte, welcher die Zerschlagung sozialer Standards und Rechte überwachen sollte, 1933: *„Zusammen mit dem Kanzler und [Nationalbank-Präsident] Kienböck haben wir die Ausschaltung des Parlaments für nötig gehalten, da dieses Parlament die Rekonstruktionsarbeit sabotierte.“* So viel zur „Selbstausschaltung“ des Parlaments, die dem Februaraufstand voranging.

Gedenken und Kämpfen

Der 12. Februar jährt sich heuer zum 90. Mal – doch je weiter er sich zeitlich entfernt, desto näher erscheint er. Auch heute schlittert der Kapitalismus von einer Krise in die nächste und wird dabei immer zerstörerischer – umso wichtiger ist es, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Weltweit sehen wir ein beschleunigtes Erstarren rechter und autoritärer Kräfte wie Javier Milei in Argentinien (S. 15).

Auch in Österreich droht nicht nur „Volkskanzler Kickl“, schon heute nimmt die Repression merklich zu (S. 11). Gleichzeitig ist das Kapital angesichts der multiplen Krisen immer weniger bereit, Zugeständnisse zu Lasten ihrer Profite zu machen. Das zeigte sich bei den Herbstlohn-runden, bei denen trotz der faulen Kompromisse der ÖGB-Führung Zehntausende ihre Streikbereitschaft zeigten (S. 6, S. 8).

Besonders viel Kampfpotential zeigen aktuell Sektoren, in denen vor allem Frauen, Migrant*innen und queere Personen arbeiten; z.B. der Gesundheits- und Sozialbereich, der Handel und das Bildungssystem. Doch um es zu entfesseln, muss eine kämpferische betriebliche Strategie auch Fragen von Sexismus, Rassismus, Homophobie etc. zentral aufgreifen. Das meinen wir mit dem „feministischen Streik“, dem wir uns im Schwerpunkt mit Blick auf den 8. März widmen.

Aus solchen Kämpfen können wir eine sozialistische Kraft aufbauen, die, anstatt bis zur Selbstaufgabe zurückzuweichen, bereit ist, dieses System, seine Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen – denn das ist die Aufgabe, welche uns die Kämpfer*innen im Februar vor 90 Jahren mitgaben.



Stadtführung in Wien
zu den Februrarkämpfen

Info

11.2. | 11:00 | U4+S Heiligenstadt

Wir beschäftigen uns mit den Kämpfen um den Karl-Marx-Hof, wie es dazu kommen konnte, und was wir für heute daraus lernen können.

Anmelden unter: slp@slp.at



Gesundheitsreform: Ein kleiner Wurf... Richtung Privatisierung

von Jan Millonig

Die Zwei-Klassen-Medizin ist in Österreich längst Realität. Das Kaputtsparen des öffentlichen Gesundheitssystems bringt immer mehr Menschen – die es sich leisten können – dazu, sich privat zu versichern, um im Krankheitsfall besser oder überhaupt behandelt zu werden. Aber auch das Wahlärzt*innensystem, wo der Staat Ärzt*innen und Privatpatient*innen de facto dafür belohnt, privat auszuweichen, und die Flucht von immer mehr Ärzt*innen aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen in den Spitälern hungert das öffentliche Gesundheitswesen zugunsten des privaten Sektors immer mehr aus. Dieses ganz offizielle System von „warte oder zahle“ öffnet natürlich auch inoffizieller Korruption Tür und Tor. So brachte jüngst eine Studie hervor, dass es durchaus verbreitete Praxis ist, Patient*innen für Geld-Zuwendungen vorzureihen.

Privatisierung in Österreich

Direkte Privatisierung auf struktureller Ebene steckt in Österreich da noch (!) in den Kinderschuhen. Auch wenn fast die Hälfte aller Krankenanstalten privat (geistliche Orden, pro mente usw.) sind, arbeiten die allermeisten gemeinnützig. Doch es ist gang und gäbe, einzelne Aufgaben wie die Reinigung an private Firmen zu vergeben. Ein besonders perfides Beispiel ist die Beauftragung externer Radiologie-Befunde in der Klinik Ottakring

aufgrund von Personalmangel, wo der Anbieter 200–350 Euro pro Stunde bekommt, anstatt dieses Geld zur Verbesserung der Bedingungen der angestellten Ärzt*innen zu verwenden. Das wurde VORWÄRTS-Redakteur*innen so auf dem Protest der Wiener Spitalsärzt*innen von Beschäftigten erzählt. So fand nicht zufällig genau in diesem Spital letztes Jahr ein wilder Streik der Ärzt*innen statt.

Deutschland ist hier schon „weiter“ und zeigt uns, was uns noch blühen könnte: Großkonzerne haben hier vielerorts den Betrieb von öffentlichen Spitälern übernommen, kassieren Krankenkassenpauschalen und schlagen aus der Differenz zum tatsächlichen Aufwand Profit, selbstredend auf Kosten der Behandlungsqualität, Löhne und Arbeitsbedingungen des Personals.

Rauch wirft den ersten Stein

Einen ersten Schritt in diese Richtung hat jetzt der grüne Gesundheitsminister Rauch mit der aktuellen Gesundheits„reform“ gesetzt. Nun können private Anbieter selbst Ambulatorien eröffnen – eine weitere Maßnahme, dem Defizit im niedergelassenen Bereich mit privatwirtschaftlichen

Lösungen zu begegnen. Bablers (SPÖ) eigentlich recht zahme Forderung nach der Verpflichtung eines kleinen Teils (!) der Leistung von Wahlärzt*innen für Kassenpatient*innen und einer Terminpflicht lässt aufhorchen. Doch wie so oft bleibt er uns leider eine Erklärung, wie das umgesetzt werden soll, schuldig.

Symptombekämpfung durch gesetzliche „Garantien“ wird ein System, das aufgrund seiner Struktur Ungleichheit und Personalnotstand erzeugt, nicht ändern. Es braucht dringend einen Kampf für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für alle Berufsgruppen und mehr Mittel für einen Bereich, der seit Jahrzehnten ausgeblutet wird. Gleichzeitig dürfen wir profitorientierten Anbietern nicht erlauben, mit unserer Gesundheit Geschäfte zu machen. Wir wollen ein kostenloses Gesundheitssystem, das allen die notwendige Behandlung anbieten kann!

All das ist leicht finanzierbar – mit dem Geld der Superreichen und Konzerne, die sogar während der Corona-Pandemie noch reicher geworden sind, während die Kolleg*innen im Gesundheits- und Pflegebereich nicht mehr wissen, wo ihnen der Kopf steht.

Der Anteil von privat versicherten Patient*innen stieg seit 2023 von 31 auf aktuell 38 %. Durch die Rückerstattung eines – wenn auch kleinen – Teils der Wahlärzt*innenkosten durch die Krankenkassa fördert der Staat so den

Privatsektor – ein Widerspruch zur Idee der solidarischen Krankenversicherung. Die ISA kämpft hingegen für ein kostenfreies Gesundheitssystem ohne die Notwendigkeit von Sozialversicherungen.

Info

Arbeitspflicht für Asylwerber*innen

von Katja Straka

Seit diesem Jänner gibt es eine neue Grausamkeit im Asylwesen. Die Bundesländer können jetzt Asylwerber*innen verpflichten, gemeinnützige Arbeit zu verrichten. Diese Arbeiten brauchen die Länder sicher sehr dringend – aber dafür zahlen sie den Asylwerber*innen nicht mehr als die eh schon mickrige Grundversorgung und wenn diese sich weigern, wird ihnen auch noch ihr mickriges Taschengeld gestrichen. Trotzdem wird ihnen ein voller Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt, wie es zum Beispiel die Volkshilfe oder selbst der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Hörl fordern. Hier argumentiert die ÖVP rassistisch. Sie erklären, dass es eine strikte „Trennung zwischen Zuwanderung und Asyl“ braucht. Dies gilt aber nicht für Personen, die sie gut gebrauchen können.

Asylwerber*innen können mit einer Arbeitserlaubnis arbeiten, aber nur dort, wo sich niemand anderer (österreichische Staatsangehörige) findet, also dort wo es eindeutigen Bedarf gibt. Das ist dann aber wiederum an die Arbeitgeber*innen gebunden und nur sie können diese Arbeitserlaubnis beantragen, was einiges an praktischen Problemen und eine prekäre Arbeitssituation mit sich bringt. Denn die Asylwerber*innen haben keine Möglichkeit, Arbeitgeber*in zu wechseln. Außerdem müssen sie unter einer gewissen Einkommensgrenze bleiben, ansonsten fallen sie aus der Grundversorgung. Alle diese praktischen Probleme führen dazu, dass nur ein geringer Teil der Asylwerber*innen eine reguläre Beschäftigung hat. Das ist eine Illegalisierung der Arbeit von Asylwerber*innen und wird wenig bringen. Denn Asylwerber*innen müssen so praktisch schwarz arbeiten.

Wenn die Betroffenen nicht mit gleichem Lohn, vollem Zugang zum Arbeitsmarkt und einem Bleiberecht ausgestattet sind, können die Arbeitgeber*innen diese Personen

zum Lohndumping nutzen. Deswegen brauchen wir sowohl gleichen Lohn als auch ein Bleiberecht, damit sie keine Angst davor haben müssen, auch ordentliche Arbeitsbedingungen einzufordern.

Für einen gemeinsamen Kampf!

Zum Anderen schaffen diese gemeinnützigen Arbeiten auch die Möglichkeit, dass Asylwerber*innen aus der Isolation herausgeholt werden und mit Einheimischen in Kontakt kommen. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass Menschen dann auch um ihre Mitmenschen – zum Beispiel im Fall einer Abschiebung – kämpfen. So im Falle einer Schülerin 2022, wo das Gericht dann doch entschied, dass die Abschiebung der damals zwölfjährigen Tina rechtswidrig war. Sie wurde nach Österreich zurückgeholt.

Aber auch Gewerkschaften sollten ein Interesse an möglichst umfangreichen Arbeitsrechten für Asylwerber*innen haben (so wie oben beschrieben) und nicht sie als „Job-Diebe“ sehen, sondern als Möglichkeit, die vorhandene Arbeit mehr aufzuteilen bzw. auch die gemeinnützigen Tätigkeiten als wichtige Arbeit zu sehen, wo Stellen ausgebaut werden sollten.

Wenn wir den Grundsatz „Geld für Soziales, statt für Banken und

Aufrüstung“ folgen, dann können Geflüchtete sogar mehr Jobs schaffen – für all ihre Bedürfnisse aber auch für die der Menschen, die schon hier leben. Angefangen von der Wohnungsnot über professionelle Begleitung bis zu Therapiemöglichkeiten, um Traumata der Flucht zu bearbeiten. Die finanziellen Ressourcen dafür müssen über die Anhebung der Förderungen sichergestellt werden und das Ganze muss vom Geld der Reichen und jener Menschen, die aus den Fluchtursachen (Waffen, Öl, Klimazerstörung, Unterstützung von Diktaturen usw.) Profite schlagen, finanziert werden.

Öffentliche Investitionen und Jobs für alle!

Damit jeder nach seinen Fähigkeiten eingesetzt werden kann, braucht es öffentliche Bildungsprogramme, die darauf abzielen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Praxis von Flüchtlingen anzuerkennen sowie ergänzend auszubilden. All das bringt schon einiges an Jobs. Doch eine weitere Möglichkeit, Arbeit für alle sicherzustellen, ist eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich. Diese schafft dann nicht nur mehr Freizeit und mehr Zeit für die Familie, sondern ermöglicht es auch, mehr Menschen in den Arbeitsmarkt einzubeziehen.

Info:

Wir sehen den rassistischen Zugang bei Asyl auch in der neuen EU-Asylreform. Der deutsche Bundeskanzler Scholz meint: „die irreguläre Migration werde durch den Asyl-Kompromiss begrenzt“. Ganz klar unterschieden wird zwischen irregulärer Migration – oft auch der einzige Weg, um Asyl zu bekommen – und regulärer Migration z. B. durch eine Rot-Weiß-Rot-Karte, die an eine Arbeitsstelle gebunden ist. Das sind ja dann die so genannten „guten Einwanderer*innen“.

Nach einem schon beschwerlichen Weg mit vielen Pushback-Aktionen sollen die Flüchtlinge jetzt an den EU-Außergrenzen in haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden, wobei Familien mit Kindern hier nicht ausgenommen werden. Menschen mit einer Staatsangehörigkeit, deren Anerkennungsquote für Asyl unter 20 % liegt, sollen ein Schnellverfahren bekommen. Wer keine Aussicht auf Asyl hat, soll direkt abgeschoben werden. Besondere das Letztere ist gegen den Grundsatz, dass Asyl im Einzelverfahren zu prüfen ist.

AK-Wahl nicht links liegen lassen!

von Michael Gehmacher,
Betriebsrat beim Wiener
Samariterbund- WSD

Am 26. Jänner eröffnen die westlichen Bundesländer den Reigen der AK-Wahlen. Bestimmend in der AK sind seit 1945 die strukturell-starken Fraktionen im ÖGB, konkret die SPÖ-nahe FSG und die ÖVP-nahe FCG/ÖAAB. In Tirol und Vorarlberg bestimmen die AK FCG/ÖAAB, im Rest von Österreich die FSG. Außerdem sind die Arbeiterkammern eine zentrale Säule der Sozialpartnerschaft. In den letzten Jahren gab es eine gewaltige Offensive der österreichischen Unternehmen gegen Löhne und Arbeitnehmer*innenrechte. Mangels ausreichendem Widerstand der Gewerkschaften und der AK hat sich die Lebenssituation vieler Arbeitnehmer*innen verschlechtert. Trotzdem können die AK-Wahlen eine Chance für klassenkämpferische Gewerkschafter*innen sein.

Die AK-Vollversammlungen sind öffentliche Versammlungen von Gewerkschaftssekretär*innen und Betriebsrät*innen. Es gibt die Möglichkeit, aus Betrieben, Streiks und anderen sozialen Bewegungen (etwa im Bildungsbereich oder gegen Rassismus) Vorschläge einzubringen, sich kritisch mit der Rolle der Gewerkschaftsspitzen auseinanderzusetzen, Fehler öffentlich aufzuzeigen und auch Themen einzubringen, die von den Gewerkschaften und AK sonst ignoriert werden – z.B. haben ISA-Aktivist*innen gemeinsam mit anderen eine Resolution in Solidarität mit der „Frau, Leben, Freiheit“-Bewegung im Iran eingebracht. Wir sehen es als unsere Aufgabe, die Bühne der AK-Vollversammlung zu nutzen, statt sie links liegen zu lassen. Dies wollen wir in Zukunft verstärkt versuchen. Eine Schwächung der klassenkämpferischen Kräfte in der AK birgt auch die Gefahr, die Gewerkschaftsbürokratie mit ihren „roten“ und schwarzen Spitzenvertreter*innen zu stärken. Das Wahlergebnis kann also kämpferischen Gewerkschafter*innen nicht egal sein.



Wen wählen?

Wir rufen dazu auf klassenkämpferische Kandidat*innen zu unterstützen. Konkret heißt das für uns: GLB wählen, in Niederösterreich Komintern wählen und in Wien GLB oder Komintern wählen. Der KPÖ-nahe GLB ist in den letzten Jahren personell stärker, klassenkämpferischer und aktiver geworden. In Wien kandidiert neben dem GLB auch die Liste „Komintern“ (-kommunistische Gewerkschaftsinitiative international). Mit der Betriebsratsvorsitzenden von Bildung im Mittelpunkt – BIM, Selma Schacht, gibt es hier eine klassenkämpferische Betriebsrätin, die mit ihrem AK-Mandat Arbeitskämpfe und Initiativen unterstützt hat. Vor allem nützt Komintern ihr Mandat, neben gewerkschaftlichen Themen auch stärker, allgemeine gesellschaftliche Auseinandersetzungen in die AK zu tragen. Komintern und GLB haben richtigerweise versucht, sich abzusprechen, so kandidiert in Niederösterreich nur die Komintern (mit GLB-Kolleg*innen auf

der Liste) und in Tirol der GLB mit Komintern Kolleg*innen auf der Liste. In Niederösterreich ist eine Stimme für die Komintern ein klassenkämpferisches Signal und der Einzug einer linken Kraft wäre ein echter Fortschritt.

Mit den AK-Wahlen wird eine Politisierung in einigen Betrieben und unter manchen Arbeitnehmer*innen verbunden zu sein. Es sind alle Arbeitnehmer*innen wahlberechtigt, auch migrantische Kolleg*innen. Viele von ihnen nehmen diese Wahlen – als eine der wenigen Mitbestimmungsmöglichkeiten – sehr ernst. Hier sollten Linke mit dabei sein und sich mit Argumenten einbringen. Wichtig wird es für die linken Listen im Wahlkampf sein, nicht nur um Stimmen zu werben, sondern ihre Kampagnen zum Aufbau einer Gewerkschaftsopposition und der Unterstützung von Protesten und Arbeitskämpfen zu nutzen – eine Chance dafür sind z.B. betriebliche Aktionen am 8. März. Das wollen wir auch als ISA im Rahmen unserer betrieblichen Arbeit machen.

Herbstlohn- runden: das Ende der Routine

beide Artikel von Martina Gergits

Eingeleitet wurde dieser Herbst von einem fristlosen Streik bei dem Tiefkühlproduzenten Ardo. Darauf folgten Streiks der Kindergarten- und Freizeitpädagog*innen und weitere Streiks während der KV-Verhandlungen der Metall-Industrie, des Handels und bei A1-Telekom.

Gleichzeitig zeigte sich die Unternehmensseite noch unversöhnlicher als in den letzten Jahren. Verhandlungsteams und Gewerkschaftsspitze waren zum Handeln gezwungen. Es kam zu Streikaktionen in über 150 Betrieben der Metallindustrie und in über 300 Betrieben im Handel. Diese wurden aber durch die Strategie der Gewerkschaftsbürokratie ausgebremst. Vor allem im Metallbereich erweckte es den Anschein, dass Streiks auf Knopfdruck ablaufen sollen, andererseits wurden z.B. im Handel die



Kolleg*innen mit der Ansage "macht was an Tag X" alleine gelassen.

Die meisten Streiks fanden weitgehend isoliert statt. Gemeinsame Streikaktionen wären eine Möglichkeit gewesen, durch Vernetzung zwischen den Betrieben stärkeren Druck aufzubauen, und hätten die Möglichkeit gehabt, weitere Kolleg*innen aktiv einzubinden und zu überzeugen, aktiv zu werden. Es wäre ein historischer Moment im November gewesen, die KV-Verhandlungen für 750.000 Beschäftigte unter den Branchen Metallindustrie, Handel, Sozialbereich und privater Gesundheitsbereich gleichzeitig zu führen und durch gemeinsame Aktionen Stärke zu zeigen.

Ähnliches war auch im Sozialbereich und privaten Gesundheitsbereich (SWÖ, Caritas, Diakonie) zu sehen. Trotz kämpferischer Basis, die die Kolleg*innen bereits mehrfach bewiesen hatten, schloss das Chefverhandler*innen-Team mit 9,2% ab, zwei Tage vor geplanten Streiks. Die Wut der Beschäftigten ist groß, die Löhne und Gehälter liegen ohnehin bereits 22% unter dem Schnitt. Einzelne kämpferische Betriebe streikten dennoch und fordern eine Urabstimmung zum KV-Ergebnis. Aktuell laufen in 20 Sozialbetrieben symbolische Urabstimmungen, um Druck auf die Spitzen von GPA und VIDA zu machen.

Was liegt jenseits der Routine?

Der ÖGB hofft eindeutig auf eine neue SPÖ-Regierung. Aber auch Babler wird nicht eigenhändig alle Löhne und Gehälter erhöhen und die Arbeitszeit reduzieren. In Zeiten der kapitalistischen Krise ist dafür kein Platz ohne geeinten Kampf gegen Angriffe von Rechts und für substantielle Verbesserungen.

Die Gewerkschaften könnten hier eine wichtige Rolle einnehmen. Dazu muss man auch über die KV-Verhandlungen hinausblicken und sich mit aktuellen Bewegungen verbinden. In den Bewegungen der letzten Jahre sahen wir Frauen, queere Personen, Migrant*innen an vorderster Front stehen. Es ist kein Zufall, dass die

stärksten betrieblichen Kämpfe gerade in weiblich und migrantisch dominierten Branchen stattfinden. Auch deshalb ist es umso wichtiger, dass die Gewerkschaften den Kampf gegen Diskriminierung und Benachteiligung mit den Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen verbinden.

Was wir brauchen, sind kämpferische und demokratisch organisierte Gewerkschaften, die die Organisation der Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt. Umso wichtiger ist es, dass kämpferische Kolleg*innen sich selbst vernetzen und organisieren, wie die Erfahrung im Sozialbereich mit Initiativen wie "Sozial aber nicht

blöd" und in anderen Branchen zeigt. Wir brauchen Basisstrukturen, mit denen, wenn es sein muss, auch unabhängig von der Gewerkschaftsspitze Streiks organisiert werden können.

Stellen wir uns eine gemeinsame Demonstration im Herbst 2024 vor, mit kämpferischen Blocks von den Kindergartenpädagog*innen über die Beschäftigten bei Ardo, den Freizeitpädagog*innen, den Metaller*innen über Handel bis zum Sozialbereich und privaten Gesundheitsbereich mit den kämpferischen Forderungen aus diesen Bereichen. Was für eine starke Kampfansage an jede kommende Regierung, vor allem mit einer drohenden schwarz-blauen Regierung!

Alleingelassen: Streik im Handel

von Bianca Szabó

Ende Oktober 2023 begannen die Verhandlungen für den größten Kollektivvertrag im Handel für rund 430.000 Beschäftigte und 15.000 Lehrlinge. Die Gewerkschaft GPA forderte anfangs 11% Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung, die die Wirtschaftskammer als utopisch verhöhnte. Die GPA rief zu Demonstrationen, dann zu vereinzelt Warnstreiks auf, tat dann aber zu wenig, um in den Betrieben selbst Mitarbeiter*innen zu mobilisieren. Es bleibt unklar, wieso kein einheitlicher Streiktag für alle ausgerufen wurde. Dass an verschiedenen Standorten zu unterschiedlichen Tagen und Zeiten gestreikt wurde, führte eher zur Schwächung als zur weiteren Mobilisierung. Nach 7 Wochen Verhandlungen ließ sich die GPA auf eine Lohnerhöhung zwischen 8,3 und 9,2% (bei einer rollierenden Inflation von 9,2%!) ein.

ISA in Aktion



Im Herbst haben viele zum ersten Mal gestreikt und mit ihren Betriebsrät*innen versucht, sich zu organisieren, aber die Gewerkschaft hat sie nicht auf die Streiks vorbereitet, geschweige denn genügend unterstützt. Hier sind wir auch als ISA eingesprungen: Obwohl die GPA selbst eine Demobilisierung der kampfbereiten Beschäftigten in Gang setzte, unterstützten wir die Beschäftigten der Thalia-Filialen in der SCS Vösendorf und auf der Mariahilferstraße in Wien bei ihrem Streik und nahmen an verschiedenen öffentlichen Protesten und Demos in Wien, Linz, beim Gewerbepark Stadlau und im Europark in Salzburg teil.

Aus vielen Gesprächen mit Beschäftigten stellte sich heraus, dass unter enormem Druck von Seiten der Geschäftsleitungen gestreikt wurde: Beschäftigten wurde mitgeteilt, sie würden gekündigt, wenn sie an Streikaktionen teilnahmen. Die Streiks hätten ein großer Hoffnungs-schimmer werden können. Was nach vereinzelt Streiks bleibt, ist das Warten auf die nächsten Verhandlungen. Wir möchten dabei unterstützen, eine starke, konkrete Basis an Beschäftigten aufzubauen, die sich in ihrer Arbeit für bessere Bedingungen, höhere Löhne und einen Weg aus der Armutsfalle organisieren.

Wer hat Angst vorm Unterbau?

Die KV-Verhandlungen für 50.000 Uni-Beschäftigte sollten kurz vor Weihnachten noch möglichst reibungs- und folgenlos über die Bühne gebracht werden. Darauf hatten sich die Verhandlungsteams offensichtlich geeinigt – wie sonst wäre das skurrile Szenario zu erklären, das sich zum zweiten Verhandlungstermin am 18.12. in Wien darbot?

Zu diesem Anlass hatte nämlich die Basis-Initiative Unterbau, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpft, auf Initiative von ISA-Aktivist Sebastian Kugler eine Demonstration angesetzt – um die Kampfbereitschaft der Kolleg*innen zu zeigen. Knapp eine Stunde vor Beginn wurden jedoch die Verhandlungen plötzlich von

der GÖD-Zentrale an einen anderen Ort verlegt, offenbar, um „ungestört“ abschließen zu können. Dies passierte auch. Das Ergebnis: eine de facto Nulllohnrunde und eine Auslagerung der Frage des Gehaltsschemas (dessen Verbesserung eine zentrale Forderung von Unterbau ist) an eine zahnlose „Arbeitsgruppe“.

Ca. 200 kämpferische Kolleg*innen demonstrierten jedoch dennoch zur GÖD-Zentrale und zum Bildungsministerium, um ihren Forderungen nach unbefristeten Arbeitsverhältnissen und besseren Gehältern Gehör zu verschaffen. Offensichtlich fürchten sowohl Arbeitgeber*innen als auch Gewerkschaftsspitze eine aktive Basis – eine Motivation, weiterzumachen!



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 319 | 02/2024

SCHWERPUNKT

ISA
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



„WENN FRAU WILL, STEHT ALLES STILL“

von **Christina Schilcher**

In der Schweiz kam es am 14. Juni 1991 zu einem Streik unter dem Motto “Wenn Frau will, steht alles still”, welcher als die größte öffentliche Mobilisierung seit dem Landesstreik 1918 galt. Forderungen waren u. a. Lohngleichheit, Bekämpfung von sexueller Belästigung und Aufteilung der Hausarbeit.

2019 und 2023 demonstrierten dort erneut hunderttausende Menschen. Der Fokus der Forderungen lag auf einer Umverteilung von oben nach unten, Einkommensgerechtigkeit und Verbesserungen im Pensionssystem. In der feministischen Bewegung findet eine Radikalisierung statt - weg vom in den engen Regeln der etablierten Politik gefangenen bürgerlichen Feminismus, hin zum Kampf für reale Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Frauen.

Feministischer Streik als Kampfform gewinnt immer mehr an Popularität. Dies ist kein Zufall - die kapitalistische Krise spitzt sich zu, wodurch Gewalt und Unterdrückung zunehmen. Die Pandemie hat diese Entwicklung beschleunigt, da Beschäftigte in Care-Sektoren (z.B. Gesundheit, Soziales, Bildung) immer größeren Belastungen ausgeliefert sind und deutlich wurde, dass Care-Arbeit, welche überwiegend von Frauen durchgeführt wird, unverzichtbar ist. Dadurch haben Frauen und Beschäftigte in Care-Sektoren an Selbstbewusstsein gewonnen und wollen sich die Ausbeutung nicht länger gefallen lassen.

So ist der Care-Bereich ein wichtiger Mobilisierungspunkt für die feministische Bewegung. Am 30. November 2023 kam es im Baskenland zu einem historischen Generalstreik für bessere

Arbeitsbedingungen im Care-Sektor. In über 100 Städten fanden Mobilisierungen statt, und in vier Städten gab es riesige Demozüge. Hauptforderung war der Aufbau eines öffentlichen, nicht profitorientierten Pflegesystems.

Frauen stehen oft an der Spitze von Revolutionen, da die fortschreitende kapitalistische Krise vor allem die Lebensrealität von Frauen angreift. Frauendominierte Berufe werden am schlechtesten bezahlt, unbezahlte Arbeit wird verstärkt auf Frauen abgeladen. Daraus ergibt sich oft ein verstärktes Bewusstsein. Das wohl beste Beispiel hierfür:

Am 8. März 1917 legten in St. Petersburg Textilarbeiterinnen ihre Arbeit für Brot, Gerechtigkeit und Frieden nieder. Sie lösten damit die Russische Revolution aus. Am nächsten Tag streikten bereits 200.000 Arbeiter*innen.

Für Brot und Rosen: Damals und heute

„Der Märzentag bestätigt durch die Tat, dass das Bürgerrecht der Frau ein wesentlicher, unlösbarer Teil des proletarischen Klassenkampfes für die volle politische Demokratie bedeutet.“ Aus dem Aufruf der „Gleichheit“ in Deutschland zum ersten internationalen Frauentag 1911, der den Kampf um das Frauenwahlrecht im Zentrum hatte, geht deutlich hervor, welche Rolle Feminismus für den Klassenkampf spielt – und umgekehrt.

von Sarah Moayeri

Hundert Jahre später begann eine neue Periode: Die 2010er Jahre leiteten eine feministische Welle ein, die sich zunehmend in Massenbewegungen ausdrückt und den feministischen Streik als Kampfform immer präsenter aufgreift. In Chile kulminierte die Wut über die Explosion sexualisierter und staatlicher Gewalt und Femizide in einer neuen feministischen Revolte, unter anderem mit Besetzungen an den Universitäten und dem Aufblühen von feministischen Gruppen und Strukturen im ganzen Land – ein längerer Organisationsprozess, der im historischen feministischen Streik am 8. März 2019 mit einer Million Teilnehmer*innen gipfelte. Kurz darauf streikten Lehrer*innen, ein von Frauen dominierter Beruf, gegen ihre untragbaren Arbeitsbedingungen, Straßenproteste brachen gegen Preiserhöhungen aus und im Oktober fand die größte Demonstration in der Geschichte des Landes in Santiago de Chile statt, die die Regierung zum Erschüttern brachte.

Der Streik als Kampfform der Arbeiter*innenklasse

Das Beispiel Chiles zeigt nicht nur, welche Radikalität die neue feministische Revolte angenommen hat; es zeigt auch, welche Kampf-, Protest- und Organisationsformen effektiv sind und welche Wechselwirkung mit verallgemeinerten Kämpfen der Klasse besteht. Streiks sind nicht nur ein Mittel, ökonomischen Druck aufzubauen und die Wirtschaft zum Stillstand zu bringen, sondern auch eine breite, solidarische, politische Bewegung aller Geschlechter aufzubauen. Der Aufruf für den

feministischen Streik am 14. Juni 2023 in der Schweiz macht beispielsweise deutlich, wie die Bewegung ausgeweitet werden muss, um Forderungen durchsetzen zu können:

“Frauen bekommen immer noch weniger Lohn und tiefere Renten. Sie übernehmen mehr unbezahlte Arbeit. Und sie sind mit Diskriminierungen und Belästigungen konfrontiert. [...] Deshalb haben wir am 14. Juni 2023 zu einem großen feministischen Streik aufgerufen! Und uns mobilisiert. Am Arbeitsplatz, weil viele Ungleichheiten ihre Wurzeln in der Arbeitswelt haben. Aber auch in der Öffentlichkeit, damit sich die ganze Gesellschaft bewegt.”

Überall dort, wo wir in den letzten Jahren schlagkräftige feministische Streiks gesehen haben, sehen wir auch Versuche, diese in Form von Organisation am Arbeitsplatz, in den Nachbarschaften, Universitäten und Schulen gezielt aufzubauen. Über 1.500 betriebliche Komitees, unterstützt von allen großen baskischen Gewerkschaften, schlossen sich dem Aufruf für einen feministischen Streik am 30. November 2023 an. Aber auch dort, wo die Gewerkschaften / Gewerkschaftsführungen eine ambivalente, bremsende oder gar keine Rolle spielen, bahnen sich kämpfende Frauen und queere Personen ihren Weg – und setzen damit wiederum die Gewerkschaften unter Druck. Der berühmte Streik von über 20.000 New Yorker Näher*innen 1909 war exemplarisch für diese Wechselwirkung: Was als spontane Arbeitsniederlegungen für

höhere Löhne und gegen Schikanen am Arbeitsplatz begann, wurde mit brutaler Unterdrückung durch die Chefs, die Polizei und die Gerichte beantwortet. Diese Repression veranlasste die Frauen, ihre Gewerkschaft – angeführt von männlichen Vertrauensleuten – zu einem Streik in der gesamten Branche zu treiben. Dieser Streik transformierte die gesamte Gewerkschaftsbewegung in den USA und diente Clara Zetkin und anderen als Inspiration für den internationalen Frauentag.

Feministische Bewegungen heute haben einen riesigen Einfluss auf das Bewusstsein und Selbstbewusstsein von Frauen und queeren Personen weltweit – aber auch auf Männer und breitere Schichten der Arbeiter*innenklasse. Die Politisierung gegen Gewalt, Sexismus, Übergriffe und jede Form von Unterdrückung kombiniert sich beispielsweise mit der Wut über ausbeuterische Verhältnisse am Arbeitsplatz und beeinflusst und beschleunigt gleichzeitig Prozesse von Widerstand und Organisation.



Feministische Streiks heute sind daher auch das, was die revolutionäre Sozialistin Rosa Luxemburg 1906, inspiriert von den Erfahrungen der russischen Revolution ab 1905, über die Dynamik von politischen und ökonomischen Kämpfen schrieb:

“Allein die Bewegung im Ganzen geht nicht bloß nach der Richtung vom ökonomischen zum politischen Kampf, sondern auch umgekehrt. Jede von den großen politischen Massenaaktionen schlägt, nachdem sie ihren politischen Höhepunkt erreicht hat, in einen ganzen Wust ökonomischer Streiks um. [...] Mit der Verbreitung, Klärung und Potenzierung des politischen Kampfes tritt nicht bloß der ökonomische Kampf nicht zurück, sondern er verbreitet sich, organisiert sich und potenziert sich seinerseits in gleichem Schritt. Es besteht zwischen beiden eine völlige Wechselwirkung. Jeder neue Anlauf und neue Sieg des politischen Kampfes verwandelt sich in einen mächtigen Anstoß für den wirtschaftlichen Kampf, indem er zugleich seine äußeren Möglichkeiten erweitert und den inneren Antrieb der Arbeiter, ihre Lage zu bessern, ihre Kampflust erhöht.”

Ein notwendiger Schritt im Klassenkampf

Feminismus und Streikbewegungen in frauendominierten Branchen haben in diesem Sinne in den letzten Jahren eine zentrale Rolle in der Entwicklung der Arbeiter*innenbewegung gespielt: Das ist kein Zufall, sondern hat mit der Stellung von Frauen (und

auch queeren Personen und von Rassismus betroffenen Beschäftigten) in Produktion und Reproduktion zu tun. Der feministische Streik als Kampfmittel hilft dabei, diese Kämpfe zu verallgemeinern, zusammenzuführen und zu vertiefen. Im spanischen Staat haben Streiks am 8. März zu einer gestiegenen Aktivität der Klasse allgemein und zu wichtigen Kämpfen bei konkreten Anlässen geführt, wie zuletzt gegen die Übergriffe von Luis Rubiales, Präsident des Fußballverbands. In Deutschland haben in den letzten Jahren Tarifverhandlungen (KV-Verhandlungen) einen Ausdruck in Mobilisierungen am 8. März gefunden, auch durch den Druck von Feminist*innen, was wiederum die gewerkschaftlichen Kämpfe politisch bereichert hat.

Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit – jede Form von Unterdrückung wurzelt in der zutiefst von Ungleichheit geprägten kapitalistischen Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen basiert. Wenn die neue feministische Revolte eines ausdrückt, dann die Tatsache, dass es im Rahmen dieses Systems nie zu einer wirklichen Gleichberechtigung der Geschlechter oder einem Ende der Gewalt kommen kann. Im Gegenteil, je tiefer die Krise des Systems wird, desto eher sind die Herrschenden darauf angewiesen, durch verschärfte rassistische und sexistische Unterdrückung, durch die Verfestigung von Rollenbildern und der “traditionellen” Familie, durch doppelte und dreifache Ausbeutung von Teilen der Arbeiter*innenklasse, die von Diskriminierung betroffen sind, ihre Macht zu stabilisieren. Der Kampf gegen dieses System muss daher auch umfassend sein: Feministische Streiks können das volle Potential der Arbeiter*innenklasse zum Ausdruck bringen und damit ein Motor des Klassenkampfes sein. Das Potential, als die gesellschaftliche Kraft, die den Reichtum überhaupt erst schafft, das System grundlegend umwälzen und in diesem Kampf jede Form der Ungleichheit und Spaltung zurückdrängen zu können.



Marx Aktuell: Reproduktionsarbeit

von Anna Hiermann

Care-Arbeit – ein weit gefasster Begriff. Darunter fällt alles zur Herstellung bzw. Wiederherstellung von Arbeitskraft. Dazu zählt der Gesundheitsbereich, der Bildungsbereich und der Sozialbereich. Um Lohnarbeit verrichten zu können, müssen Menschen medizinisch versorgt sein und Hilfestellung in bestimmten Lebenssituationen bekommen. Außerdem braucht es eine schulische bzw. berufliche Ausbildung, um auf die Arbeitswelt vorbereitet zu werden. So ist dieser Bereich für den Kapitalismus absolut notwendig. Doch all diese Tätigkeiten verursachen für den Staat oder private Anbieter*innen Kosten und bringen im Vergleich zum Produktionssektor meistens keinen oder nur wenig Profit. Gewinn zu erwirtschaften ist im Kapitalismus jedoch essenziell. Daher werden die Beschäftigten in diesen Bereichen meist schlechter bezahlt als ihre Kolleg*innen im Produktionsbereich.

Da Kindergärten, Schulen oder Krankenhäuser oftmals sogar ein Verlustgeschäft darstellen, im Gegensatz zu Banken oder dem Metallsektor, wird gerade in wirtschaftlichen Krisen in den drei erstgenannten Bereichen zuerst eingespart. Einrichtungen werden meist nicht komplett geschlossen, jedoch werden die Bedingungen schlechter. Als Folge werden Tätigkeiten wie die Kinderbetreuung oder die Altenpflege wieder in die Hand der Familie bzw. in jene der Frauen gelegt (Stichwort “Herdprämie” oder Anstellung pflegender Angehöriger). Dadurch sind überwiegend Frauen entweder mehrfach belastet oder sie können gar keiner Lohnarbeit nachgehen. Zweiteres führt zu einer starken Abhängigkeit vom Partner und Trennungen, z. B. bei häuslicher Gewalt, sind so nur schwer möglich. Dieser Widerspruch führt dazu, dass rechte Kräfte wieder verstärkt traditionelle Geschlechterrollen propagieren. Sie rufen Frauen dazu auf, Kinderbetreuung und Altenpflege unbezahlt zu Hause zu übernehmen. Gegen den rechten Backlash müssen wir daher auf die Straße gehen und streiken, um den Care-Bereich nicht nur vor Einsparungen zu schützen, sondern für eine professionelle und von der Gesellschaft organisierte Betreuung und Pflege für alle, die sie brauchen, zu kämpfen!



Wie können wir feministisch streiken?

von Andrea Gasperlmair

Feminismus und Arbeitskampf gehören zusammen

Im Oktober legten mehr als 11.000 Freizeit-, Hort- und Elementarpädagog*innen die Arbeit nieder, im November und Dezember gab es zum ersten Mal in der österreichischen Geschichte bundesweit Streiks im Handel. Arbeitskämpfe in diesen Bereichen sind schon allein durch den großen Frauenanteil auch ein feministischer Kampf.

Wir haben mit ROSA diese Kämpfe unterstützt und uns solidarisch mit allen Streikenden gezeigt, in Wien sind sogar Thalia-Beschäftigte selbst mit uns in Kontakt getreten und haben um Unterstützung gebeten, weil sie sich auf die Gewerkschaftsführungen nicht verlassen konnten. Das zeigt einmal mehr, wie kämpferisch diese Branchen sind und wie wichtig die Erkenntnis ist, Druck von unten aufzubauen und nicht auf die Initiative der Gewerkschaften zu warten.

Ebenso haben die Kämpfe gegen Gewalt an Frauen und queeren Personen zugenommen. Das feministische Bewusstsein in Österreich ist durch die neueste Welle von #metoo gestiegen, und der 8. März hat sich als feministischer Kampftag etabliert, an dem jedes Jahr immer mehr Menschen auf der Straße protestieren. Auch der 25.11. int. Tag gegen Gewalt an Frauen und LGBTQ+, wird in Österreich endlich als feministischer Aktionstag wahrgenommen; ein großer Erfolg - und das, weil ROSA seit Jahren dafür mobilisiert und Demos sowie Aktionen organisiert.

Der 8. März war von Anfang an ein feministischer Streiktag, und ein Blick in die Gegenwart spiegelt wider, dass die frauendominierten Berufsfelder des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich weiterhin die kämpferischsten Streiks führen. Die Schwäche der Gewerkschaften und einiger Teile der Linken ist, Arbeitskämpfe und feministische Kämpfe separat wahrzunehmen. Doch Feminismus und Arbeitskampf sind im Kapitalismus verbunden, das betonen wir auf den Demos jedes Jahr.

Ein erster Schritt hierzu wäre es, demokratisch geführte Streikkomitees in den Betrieben zu bilden, sich auf den 8. März vorzubereiten und entsprechende (berufsspezifische) Forderungen aufzustellen. Ein Beispiel hierfür ist die Initiative „Sozial aber nicht blöd“, die letztes Jahr schon öffentliche Betriebsversammlungen im Sozialbereich am 8. März veranstaltete. Kurze Walk-Outs (Protestkundgebungen vor dem Betrieb) gegen Sexismus am Arbeitsplatz können ebenfalls ein erster Schritt sein. Das Potenzial liegt aber auch in Schulen und Unis, wo die Arbeitsbedingungen für das Lehrpersonal katastrophal sind, Migrant*innen von Anfang an unter dem rassistischen Bildungssystem benachteiligt werden und Schülerinnen bereits in jungen Jahren mit sexistischen Kleidervorschriften vermittelt wird, dass sie daran Schuld seien, wenn ihre

Körper sexualisiert werden. ROSA hat deshalb den ersten Schulstreik am 8. März 2022 in Wien organisiert, bei dem über 200 Schüler*innen teilnahmen. Um in den kommenden Jahren weitere und größere Streiks zu planen, wäre ein erster Schritt, Aktionsgruppen für den 8. März unter Schüler*innen und Lehrpersonal zu gründen. Ein weiteres, enormes Potenzial haben Streiks im Care-Bereich, vor allem in der Kindergartenbetreuung und Freizeitpädagogik. Mit der richtigen Planung und Kommunikation kann ein Dominoeffekt an Arbeitsniederlegungen entstehen: Wenn die Kinderbetreuung streikt, wer passt dann auf die Kinder auf? Die Eltern, die ebenfalls streiken! Somit wird der wirtschaftliche Druck weiter ausgeweitet und echte Verbesserungen können erkämpft werden.

Es ist also nicht nur wichtig, am 8. März zu streiken - sondern absolut notwendig im Angesicht der steigenden Inflation, Rechtsruck, rassistischen Hetze und 26 Femiziden im Jahr 2023. Der 8. März wird von den etablierten Parteien genutzt, um ein paar leere Worte über „Sexismus in der Gesellschaft“ zu sprechen. Doch genau sie sind es, die dieses sexistische, frauenhassende System aufrechterhalten, indem sie kürzen und hetzen. Wir müssen zusammen Widerstand zeigen - wir müssen den 8. März wieder zu einem feministischen Streiktag machen und uns gemeinsam gegen das kapitalistische System der Ausbeutung auflehnen!

Wider den Widerstand

von Christian Steiner

Die multiplen Krisen des kapitalistischen Systems werden von immer mehr Menschen auf der ganzen Welt wahrgenommen. Auf vielen Ebenen wächst der Widerstand gegen Unterdrückung und Ausbeutung, aber auch generell wird die Situation immer schwieriger unter Kontrolle zu halten.

Weltweit wächst deshalb auch die staatliche Repression. Die Herrschenden in den Chefetagen und Regierungsbänken stehen dabei aber vor einem Dilemma: Zu viel Repression sorgt für Instabilität, welche schlecht für das Geschäft der Kapitalist*innen ist. Die Krisen engen ihre Spielräume aber immer mehr ein, und so sind sie gezwungen, Maßnahmen zu treffen, die nur kurzfristig für Ruhe und Stabilität sorgen, aber mittel- und langfristig zu mehr Instabilität führen.

Repression made in Austria

In Österreich gab es nach Ausbruch des Gazakrieges massive Repressionen, als unter dem Deckmantel des Antisemitismus Anti-Kriegs-Proteste verboten wurden. Antisemitismus ist ein reales Problem in Österreich, welches bis zum Ausbruch des Krieges in Gaza von staatlichen Stellen meist ignoriert wurde – und nun als Vorwand genutzt wird, um meist von Migrant*innen getragene Proteste zu verbieten oder zu delegitimieren. Diese Repressionen sind ein Novum in Österreich und Vorbote einer härteren Gangart gegen zukünftige Protestbewegungen. Auch die Klimabewegung wird härter angegangen. In Wien wurde ein angemeldeter und erlaubter Demozug der Letzten Generation (LG) unter dem Motto "Hört auf den Klimarat" nach wenigen Minuten von der Polizei gestoppt. Die fadenscheinige Begründung war eine "bedrohliche Stimmung" der Teilnehmenden – mehrheitlich junge Studierende und die "Omas gegen Rechts".

§ 278a StGB – Mafiaparagraph

Ende 2023 wurde gegen einige Mitglieder der LG § 278a StGB angewandt und



Ermittlungen wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet. Das ist nicht nur absurd, sondern sehr gefährlich – noch heute kann der Mafiaparagraph, trotz Reform, auch auf andere Organisationen wie zum Beispiel den ÖGB angewandt werden! Schon 2008 versuchte die Staatsanwaltschaft, § 278a auf den Verein gegen Tierfabriken (VGT) anzuwenden. Das erzeugte Widerstand in der Öffentlichkeit und große Solidaritätsbekundungen und endete mit einem Freispruch der Angeklagten 2012.

Auch im Oktober 2023 trug SOS Balkanroute einen juristischen Sieg gegen die SLAPP-Klage des ÖVP-nahen Internationalen Zentrums für die Entwicklung der Migrationspolitik (ICMPD) davon. Der Sieg gelang auch dank der Kampagne gegen die Klage, die von über 50 nationalen und internationalen Organisationen unterstützt wurde. So wurde gezeigt, dass man sich gegen Repression wehren kann.

Ein Angriff auf ein*e ist ein Angriff auf alle

Die Politik bereitet durch öffentlichen Diskurs, wo Aktivist*innen als Terroristen oder -sympathisant*innen betitelt werden, den Boden für die Kriminalisierung von Protesten. Die Polizei fühlt sich davon ermächtigt, hart durchzugreifen. Die Justiz ist

hingegen noch zögerlicher und setzt derzeit noch mehr auf Stabilität.

Für die Arbeiter*innenklasse in Österreich bedeutet das, jetzt schon entschlossen gegen Angriffe des Staates aufzutreten. In Britannien wurde letztes Jahr das Streikrecht eingeschränkt. Mit Rückblick auf die vergangenen KV-Verhandlungen, wo Kapitalist*innen sich offen gegen Streiks gestellt und mit Klagen gedroht haben, kann uns so etwas auch in Österreich drohen. Einen Vorgeschmack gab es von Seiten der Firma ZKW. Diese hat zunächst einen Stellenabbau von 600 Mitarbeiter*innen angekündigt und dann per richterlicher einstweiliger Verfügung einen geplanten Streik verbieten lassen. Brisant dabei ist auch, dass das Gericht nur die Arbeitgeberseite anhören ließ, nicht aber Betriebsrat oder Gewerkschaftsseite.

Wir brauchen starke, kämpferische Gewerkschaften, die gegen jede Repression vorgehen, denn Repression, die heute Klimaaktivist*innen trifft, kann morgen schon Gewerkschafter*innen und Betriebsrät*innen treffen! Wenn wir uns in Betrieben und in Schulen organisieren, können wir es schaffen, die Gewerkschaften dazu zu bringen, den dringend notwendigen kollektiven Kampf gegen Repression zu unterstützen.

„Wie die Sonne in einem Regentröpfchen“

von Sebastian Kugler

Leo Trotzki war die Schlüsselfigur der Russischen Revolution und Kämpfer gegen Kapitalismus, Faschismus und Stalinismus – und für einen revolutionären und demokratischen Sozialismus. Trotz (oder gerade wegen) seiner Bedeutung gibt es bis heute keine vollständige Ausgabe seiner Schriften auf Deutsch. Die umfangreichste ist das von Helmut Dahmer geleitete Projekt Schriften, das Trotzki's Texte in großen kommentierten und thematisch gegliederten Bänden herausgibt. Nun ist der erste Teil des Bandes Literatur und Revolution erschienen. Er versammelt Trotzki's Artikel, Essays und Kritiken zu literarischen, künstlerischen und kulturellen Themen aus den Jahren 1900 bis 1916. Von den 69 Texten erscheinen 30 erstmals auf Deutsch, 37 wurden neu übersetzt – so bietet der Band spannende neue Einblicke in das Werk und das Denken Trotzki's.

Die in dem Band versammelten Texte zeigen vor allem eines: Trotzki's enorm kreativen Marxismus, der keine Scheu hat, sich mit allen kulturellen Phänomenen auseinanderzusetzen, sich an ihnen zu erproben, neue Erkenntnisse zu sammeln und noch in der Kritik an ihnen Lehrreiches aufzunehmen. Beispielhaft dafür sind seine Auseinandersetzungen mit populären Philosophen der Zeit wie Nietzsche und Simmel. Gleichzeitig ist ihm kein Aspekt zu unbedeutend: Noch in den populären Abrisskalendern, die jeden Tag einen neuen „klugen Spruch“ präsentieren, zeigen sich ihm die gesellschaftlichen Verhältnisse, wie er mit Dostojewski sagt, „wie die Sonne in einem Regentröpfchen“.

Kreativer Marxismus

Der junge Trotzki (fast die Hälfte der Texte schrieb er mit Anfang 20) begeistert sich nicht nur für die Klassiker der russischen Literatur wie Gogol oder Tolstoi, sondern auch für den heute



vergessenen Gleb Uspenski. Dieser war Teil der bäuerlich-antikapitalistischen „Narodniki“ („Volkstümmer“-)Bewegung im 19. Jahrhundert. Uspenski's Werk weigert sich, wie andere Narodniki das bäuerliche Elend zu romantisieren; er sah die Unvermeidbarkeit der Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse, aber er wollte die Zerstörung, die sie mit sich brachten, nicht akzeptieren. Gerade diese Widersprüchlichkeit schätzt Trotzki. Für ihn ist Uspenski, „wie jeder zutiefst aufrichtige Schriftsteller, lehrreich, auch da, wo er irrt.“ Trotzki erkannte, dass die Literatur oft mehr über die Gesellschaft weiß als ihre Schöpfer*innen: Das zeigt er auch an den Werken von Henrik Ibsen, die er als messerscharfe Analyse bürgerlicher Ideologie liest – während Ibsen's Selbstaussagen dazu dürftig ausfallen.

Aus österreichischer Perspektive sind vor allem die Texte aus Trotzki's Wiener Exil 1907-1914 spannend: Er berichtet vor allem von Ausstellungen in der Secession und im Künstlerhaus. Trotzki zeigt sich beeindruckt vom Impressionismus, den er als bedeutenden

Fortschritt der Abstraktionskraft versteht – gleichzeitig bemerkt er, dass die „Freiheit der Kunst“ auch zu ihrer gesellschaftlichen Isolation geführt hat. Ohne der Kunst Vorschriften zu machen, was sie wie darzustellen hätte (wie es der stalinistische „sozialistische Realismus“ später tun sollte), zeigt Trotzki auf: In den virtuosen formellen Experimenten auf allen Ebenen der Kunst rund um die Jahrhundertwende – gerade auch in ihren Rebellionen gegen die bürgerlichen Verhältnisse – drückt sich auch die Ratlosigkeit und Isolation von Kunstschaffenden und Intellektuellen in der Moderne aus.

Als Marxist weiß Trotzki, dass grundlegende gesellschaftliche Veränderungen deshalb nicht von hier ausgehen – sondern nur von Massen erkämpft werden können. Trotzki's kreativer und kritischer Marxismus, der diesen Kämpfen so viel zu geben hat, entstand jedoch eben auch durch die Auseinandersetzung mit Literatur und Kunst, die Trotzki wie kein zweiter Revolutionär lebenslang betrieb.

Argentinien: Umbau von oben oder Umsturz von unten?

von Severin Berger

Repressive neue Gesetzgebung beim Demonstrationsrecht mit bis zu sechs Jahren Haft für Organisator*innen und dem Streichen aller sozialen Gelder für Teilnehmende, großflächige Deregulierungen und Kürzungen im Gesundheitsbereich, Verringerung des Mutterschutzes, Aufhebung des aktuellen Mietgesetzes und die Vorbereitung der Privatisierung staatlicher Unternehmen – diese Maßnahmen sind nur ein kleiner Teil der mehr als 300 angekündigten Gesetzesänderungen des neuen argentinischen Präsidenten Javier Milei. Unschwer zu erkennen ist die politische Richtung, in die diese Beispiele schlagen: feuchte Träume für „Ultraliberale“ und Rechtspopulist*innen. Und genau als das wird Milei auch von vielen Medien beschrieben.

Seit seiner Angelobung Anfang Dezember letzten Jahres hat Milei bereits 30 Dekrete erlassen, um einige der oben genannten Punkte schnellstmöglich anzugehen. Laut ihm, um durch enorme Deregulierung des Marktes gegen die andauernde Wirtschaftskrise und enorme Inflation vorzugehen. In der Realität hat sich die Situation allerdings verschlimmert: Bei einer Inflationsrate von mehr als 200% Anfang Jänner werden die Proteste gegen Milei immer größer und Teile seiner Pläne wurden bereits vom Obersten Gerichtshof vorerst auf Eis gelegt. Als Reaktion darauf verschärfte sich vor allem das Vorgehen der Polizei gegen Demonstrant*innen und Milei versucht seine präsidentielle Machtposition durch weitere Eingriffe zu stärken. Mit sozialen Kürzungen und Entlassungen, die mit Demokratieabbau und Repression einhergehen, ist Milei nicht allein. Diese Art von autokratischem Verhalten, also den Versuch der Machtkonzentration auf

eine oder wenige Personen, sehen wir mittlerweile immer öfter. Zum Beispiel bei Figuren wie Orban in Ungarn oder Netanjahu in Israel. Glaubt man den Zahlen des „Economist“, leben nun so wenig Menschen unter (bürgerlich) demokratischen Strukturen wie seit zumindest 1989 nicht mehr, Tendenz sinkend.

Wie finden wir den Weg nach vorne?

In welche Richtung sich Argentinien entwickeln wird, ist, trotz Mileis Bemühungen, vor allem von der gesamtgesellschaftlichen Reaktion abhängig. Wir sehen bereits seit Wochen andauernde Proteste, die teilweise bereits im Dezember von Streiks unterstützt wurden. Die Zuspitzung der Situation ist unausweichlich und inmitten der Aufstände und wachsenden Unzufriedenheit wird deutlich, dass der Weg nach vorne nicht allein von der Ablehnung Mileis abhängt, sondern von einer notwendigen tiefgreifenden sozialen Veränderung.

Die Verstärkung gesellschaftlicher Probleme und Krisen in der gesamten kapitalistischen Logik macht die Notwendigkeit eines sozialistischen Programms immer dringlicher. Dabei ist es unabdingbar, die Erfahrungen der Vergangenheit mit einzubeziehen, so zum Beispiel die der feministischen

Bewegungen der letzten Jahre und der Massenbewegung 2001, durch die, vor einem ähnlichen Hintergrund sozialer Angriffe, die Regierung gestürzt wurde. Damals sahen wir einen Generalstreik, wie auch jetzt am 24. Jänner, sowie massenhafte Fabriksbesetzungen. Und ein Programm heute muss genau da ansetzen wo 2001 Schwächen zum Verlust zurück an das Establishment geführt haben: wirkliche demokratische Kontrolle der Proteste, mit Forderungen, die unbedingt den aktuellen Attacken die Stirn bieten, aber auch auf gesellschaftlicher Ebene weiter gehen als nur ein Zurückweisen der Gesetzesänderungen. Ohne ein solches Programm, das allen Teilen der Arbeiter*innenklasse Stimme und Perspektive gibt, wird es schwierig, eine Bewegung gegen die populistischen Angriffe von Milei, aber auch gegen die Vereinnahmung durch das alte Lager des Peronismus zu wappnen. Denn dieses, das auch noch in den Gewerkschaften dominiert, hat den Boden für Milei erst bereitet. Deswegen muss aus der Bewegung eine neue sozialistische politische Kraft aufgebaut werden, die nicht nur Milei, sondern auch das System, das ihn hervorgebracht hat, besiegen kann.

Ähnlich wie in anderen Ländern wird der neue Präsident in seinen Vorhaben vom argentinischen Kapital und teilweise auch von außerhalb, z.B. dem trumpschen politischen Umfeld, unterstützt – gleichzeitig geht er auch Teilen des Kapitals zu weit und stützt sich so auf vor allem auf, an die Mittelschichten gerichteten, Populismus. Dies deutet auf eine Art „bonapartistische“ Entwicklung hin. Bonapartismus wird von Marx als Reaktion auf massive Krisen beschrieben,

bei denen die Bourgeoisie ihre Macht an eine verselbständigte Exekutivgewalt abgibt, um die „bürgerliche Ordnung“ aufrechtzuerhalten, also wenn der Staatsapparat, trotz Bindung an die herrschende Klasse, eine gewisse Unabhängigkeit von den Klassen annimmt. Marx entwickelte das Konzept anhand der Herrschaft von Napoleon III., seither haben wir viele Varianten davon gesehen.

Info



Gaza: der Horror geht weiter

von **Yasmin Morag**
Sozialistin aus Israel/Palästina

Nach mehr als 100 Tagen blutiger Eskalation historischen Ausmaßes plant die israelische Regierung, in die dritte Phase des Angriffs auf Gaza auf Druck des Weißen Hauses mit „geringer Intensität“ überzugehen. Netanjahus brutale Offensive hat weit über 23.000 Menschen getötet, 85% der Menschen im Gazastreifen vertrieben und 2 Millionen verarmte und belagerte Menschen in Gaza in extremen Hunger und Elend gestürzt. Die internationale Bewegung (auch innerhalb Israels) hat Netanjahu entscheidend dazu gedrängt, Ende November einem Waffenstillstand zuzustimmen, bei dem die Hamas 110 Entführte und Israel 240 palästinensische Gefangene freiließ. Seitdem haben sich die Angriffe jedoch verschärft und auf das Zentrum und den Süden ausgeweitet. Die Folgen: Bombardements von Krankenhäusern, Schulen und Moscheen, massive Verschlechterung der sanitären Bedingungen und schwerer Hunger. Kein Ort in Gaza ist mehr sicher.

Während Netanjahu darauf abzielt, die Hamas „auszulöschen“ (oder deutlich zu schwächen), versucht er sich von der Demütigung durch die Hamas-Attacke vom 7.10. zu erholen. Dieser war ein reaktionärer, verabscheuungswürdiger Angriff, bei dem Hunderte von Zivilisten getötet wurden. Die Illusionen, die in Israel geschürt wurden – dass es die stärkste Militärmacht in der Region ist und durch seine Politik des „Konfliktmanagements“ in der Lage ist, ein gewisses Maß an Stabilität und Sicherheit für die Israelis zu gewährleisten (wenn auch auf Kosten der

Palästinenser*innen, die unter Belagerung und Besatzung leben) – wurden zerschlagen. Bislang hat diese blutige Offensive keine nennenswerten Erfolge erzielt. Verzweifelt wird versucht, ein Bild des Sieges zu vermitteln – unter anderem mit abenteuerlichen Attentaten auf Hamas- und Hisbollah-Führer im Libanon. Dadurch droht ein weiterer regionaler Konflikt, vor allem vor dem Hintergrund der zunehmenden Scharmützel zwischen den US-amerikanischen sowie britischen Streitkräften und den Huthi-Milizen im Roten Meer.

Kein Frieden ohne Kampf gegen Armut, Besatzung und Unterdrückung!

In der Zwischenzeit fantasieren Biden, Macron und ihre Freund*innen, dass am Tag nach dem Krieg die Palästinensische Autonomiebehörde im Gazastreifen installiert werden würde. Doch über das letzte Jahrzehnt hat Israel die Unterdrückung von Millionen Palästinenser*innen durch schleichende ethnische Säuberungen, verstärkte Belagerungsmaßnahmen gegen den Gazastreifen und staatlichen Terror mit Hilfe neofaschistischer Siedler*innenmilizen weiter verschärft. Selbst wenn die Einsetzung der Palästinensische Autonomiebehörde in Gaza in einer Zeit historischer geringer Unterstützung für Abbas möglich wäre, würde ein palästinensischer Staat, der als Marionette Israels oder der USA agiert, den Palästinenser*innen keine Gleichheit, Befreiung oder ein ordentliches Leben garantieren.

Die internationale Bewegung kann und sollte auf einen Waffenstillstand drängen, indem sie sich ausweitet, die

Bewegung in Schulen und an Arbeitsplätzen aufbaut und die entscheidende Waffe des Streiks einsetzt. Wir müssen einen dauerhaften Waffenstillstand im Rahmen eines Abkommens, das alle Geiseln gegen alle Gefangenen austauscht, und ein Ende der Belagerung des Gazastreifens fordern. Die österreichische Regierung steht der israelischen nahe. Wir brauchen eine Bewegung, die nicht nur darum kämpft, dass Österreich in der UNO für einen Waffenstillstand stimmt, sondern z.B. auch für ein Ende aller Exporte, die für die Aufrechterhaltung von Besatzung und Unterdrückung genutzt werden, um so den Druck auf das Netanjahu & Co weiter zu erhöhen. Der Kampf in Österreich sollte mit Forderungen gegen Rassismus und rassistische Politik, für vollen Zugang für Asylsuchende und Flüchtlinge und dem Kampf gegen die gefährliche extreme Rechte, die Palästinenser*innen, Jüd*innen, Frauen, queere Menschen und viele andere Gruppen bedroht, verknüpft werden.

Die israelische Regierung hat sehr deutlich bewiesen, dass ihre Politik ein Blutbad für Palästinenser*innen, aber auch für Israelis bedeutet. In der Region ist ein grundlegender Wandel nötig, um die nationale Unterdrückung zu beenden und das palästinensische Volk zu befreien – eine demokratisch von unten organisierte Massenbewegung im Geiste der ersten Intifada oder des „Würde-Streiks“ 2021, die die Grundlage für den Sturz des israelischen Kapitalismus und für eine sozialistische Gesellschaft schaffen könnte, die beiden Völkern ein Leben in Frieden und Würde ermöglicht.

Taiwan: Antirassismus & Arbeitskampf

beide Artikel von Peter Hauer

Taiwans Wirtschaft ist auf migrantische Arbeiter*innen angewiesen. 740.000 Migrant*innen arbeiten für Mindestlohn und von diesem bleibt ihnen nur die Hälfte. Die andere Hälfte fällt in die Hände von Agenturen, die als Arbeitsvermittlung agieren. Der Kapitalismus benötigt diese billigen Arbeitskräfte und sie sollen jetzt aus Indien angeheuert werden. Diese Arbeiter*innen sind Rassismus von Seiten der Behörden und Firmen ausgesetzt, die die Abhängigkeit ggü. ihnen gezielt ausnutzen, und die Agenturen, welche die Arbeiter*innen nach Taiwan brachten, lassen diese vollkommen im Stich.

Die Ankündigung, mehr migrantische Arbeiter*innen ins Land zu holen, hat online, aber auch im realen Leben, z.B. mit Demos, zu einer Welle von



anti-indischem Rassismus geführt. Doch die migrantische Arbeiter*innen wehren sich. Migrantische Arbeiter*innenorganisationen organisierten eine 1.000 Personen große antirassistische Demo. Aktivist*innen der ISA in Taiwan unterstützten die Proteste und zeigten auf, dass der Kampf gegen Rassismus nicht nur der der Gastarbeiter*innen sein darf, sondern es die Unterstützung der heimischen Arbeiter*innen braucht. Die Probleme der Niedriglöhne und des Lohndumpings treffen auch die heimischen Arbeiter*innen. Gastarbeiter*innen werden in der Pflege z.B. zu massiven Überstunden gezwungen und wie Hausklav*innen behandelt. Der Kampf

der migrantischen Pfleger*innen für ein bessere medizinische Versorgung hilft auch heimischen Arbeiter*innen. Deswegen braucht es kämpferische Gewerkschaften. Die Agenturen zeigen, dass sie vom Rassismus profitieren. Sie müssen abgeschafft werden. Die Alternative zu den privaten Agenturen, sind Organisationen, die den Arbeiter*innen verpflichtet sind. Deshalb brauchen die migrantischen Arbeiter*innen Gewerkschaften, die sie unterstützen, sich gegen rassistische Übergriffe und Ausbeutungsverhältnisse zu wehren.

isataiwan.org

Migrantischer Arbeiter*innenprotest auch in Irland

Einen ähnlichen Kampf wie die migrantischen Pfleger*innen in Taipeh haben Pfleger*innen in Irland geführt. In Irland konnten sie nach einer monatelangen Kampagne eine Erhöhung des Mindestlohns auf 30.000€ (im Jahr) und die Familienzusammenführung von engen Familienmitgliedern nach Irland erkämpfen. Bereits im März organisierte die Socialist Party (ISA in Irland) ein Online-Meeting mit 300 Arbeiter*innen, wo sich auf eine Pressekonzferenz und eine Parlamentsanhörung geeinigt wurde. Im Parlament konnten mehrere Parlamentarier*innen für den Arbeitskampf gewonnen

werden und es wurde mit Verhandlungen gestartet. Nachdem bis Oktober noch keine Entscheidung getroffen wurde, erhöhten die Arbeiter*innen noch einmal den Druck. Es wurde die erste Protestaktion von migrantischen Arbeiter*innen abgehalten, bei der quer durch Irland mobilisiert werden konnte. Hunderte Arbeiter*innen vor allem Frauen schlossen sich dem Protest an. Durch den erneut erhöhten Druck konnte die Regierung in Bewegung gebracht werden.

socialistparty.ie



Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus Gewerkschaft
 Imperialismus Internationalismus Kapitalismus Klasse Ökologie Partei
 Permanente Revolution Rassismus Reformismus Stalinismus
 Übergangsmethode Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus
 Internationalismus Kapitalismus Klasse
 Revolution Rassismus Reformismus
 Anarchismus Demokratie Dialektik

ABC des Marxismus: Gewerkschaften

von Gerhard Ziegler

*Was sind Gewerkschaften? Wie sind sie entstanden und welche Funktion haben Sie? Und warum arbeiten Revolutionär*innen in den Gewerkschaften?*

Gemeinsam erreicht man mehr als alleine – diesen Grundsatz machten sich die Arbeiter*innen Anfang des 19. Jahrhunderts zu eigen, als sie sich zusammenschlossen, um gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen, überlangen Arbeitszeiten und für höhere Löhne zu kämpfen. Oft waren sie gezwungen, Hilfskassen einzurichten oder für Streiks Geld zu sammeln. Das war die Geburtsstunde der Gewerkschaften.

Sie hatten sich auf betrieblicher Ebene gebildet, konnten sich aber schnell ausbreiten. Es kam zu branchenweiten regionalen und nationalen Zusammenschlüssen, die sich oft nach ideologischen Grundsätzen ausrichteten: sozialdemokratische, kommunistische, christliche, anarchistische bzw. anarcho-syndikalistische etc. Gewerkschaften oder Gewerkschaftsfraktionen.

Trotz unterschiedlicher ideologischer Zugehörigkeit und Kampftradition sehen die Gewerkschaften ihre Aufgabe allgemein im Kampf um Arbeitsbedingungen und Löhne innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems. Das heißt nicht, dass dieser Kampf nicht auch radikale und antikapitalistische Dynamiken entwickeln kann: Wir sehen manchmal von Gewerkschaften geführte knallharte Arbeitskämpfe mit Straßenschlachten, Betriebsbesetzungen, Auseinandersetzungen mit

Repressionskräften des Staates – bleiben diese Kämpfe jedoch auf gewerkschaftlicher Ebene, bleiben sie auch im Rahmen des Systems.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Beschränktheit entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neben den Gewerkschaften Arbeiter*innen-Parteien. Diese führten den politischen Kampf für soziale und demokratische Verbesserungen bis hin zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft. Marxist*innen erfassten dabei die Wichtigkeit der Gewerkschaften als elementare Klassenorganisation: durch den Arbeitskampf lernen die Arbeiter*innen, sich als Klasse mit gemeinsamen Interessen zu identifizieren, erkennen ihren Gegner, erfahren Repression durch den Staat etc. – Klassenkampf als Lehrmeister der Revolution!

Grundsätzlich gilt dieser Ansatz für uns bis heute. Doch die Bedingungen haben sich verschlechtert. Waren die Gewerkschaften Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts mehrheitlich klassenkämpferisch orientiert (obgleich sich die Gewerkschaftsführungen meist auf dem rechten Flügel ihrer Parteien fanden), spielt die Gewerkschaftsbürokratie heute eine bremsende Rolle, am schlimmsten die österreichische, die dem Mythos „Sozialpartnerschaft“ immer noch nachläuft.

Trotzdem sind die Gewerkschaften aufgrund der gegensätzlichen Stellung von Kapital und Arbeit – Unternehmer*innen wollen, dass Arbeiter*innen möglichst lange und billig arbeiten, diese wollen möglichst wenig fremdbestimmt arbeiten und gut entlohnt werden – immer wieder gezwungen,

Arbeitskämpfe zu führen, wenn die Unternehmer*innen aus ökonomischen Zwängen zur Sicherung ihrer Profite auf hart schalten. Auch die österreichischen – wie die Streiks im letzten Herbst gezeigt haben.

Marx forderte von den Gewerkschaften, *„als organisierende Zentren der Arbeiterklasse zu handeln, im großen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation.“* Das hieß für ihn: *„Sie müssen jede soziale und politische Bewegung unterstützen, die diese Richtung einschlägt.“* Auch heute kämpfen Marxist*innen für Gewerkschaften, die über den engen ökonomischen Rahmen hinaus auch allgemeine politische Fragen der Arbeiter*innenklasse (wie Rassismus und Sexismus) aufgreifen. Besonders unterdrückte Schichten der Klasse werden jedoch von der Gewerkschaftsbürokratie meist ignoriert. Dagegen forderte Marx: *die Gewerkschaften „müssen sich sorgfältig um die Interessen der am schlechtesten bezahlten Gewerbe kümmern“,* und zwar um zu beweisen, dass ihre Bestrebungen *„auf die Emanzipation der unterdrückten Millionen gerichtet sind“.*

Die Aufgabe von Marxist*innen ist es heute, sich in den Betrieben zu verankern, um sowohl von innen wie von außen Kämpfe zu unterstützen und weiterzutreiben, die Beschränktheit der Logik der Gewerkschaftsbürokratie („Sozialpartnerschaft“) aufzuzeigen, Vertrauen in uns und über unsere Methoden aufzubauen und so neue Aktivist*innen für den Kampf um andere Gewerkschaften – klassenkämpferisch und demokratisch – bis hin zum Sturz des Kapitalismus zu gewinnen.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 319 | 02/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei



RASSISMUS HAT SYSTEM!

Bearbeitete Fotos: Wikimedia Commons/Karl Gruber, CC BY AT 3.0; Ptolusque/MagentaGreen, CC BY SA 4.0; Michael Lucan, CC-BY-SA 3.0

» Die **Arbeitspflicht für Asylwerber*innen** ist eine rassistische Schikane – warum wir Bleiberecht und gute Jobs für alle brauchen

Seite 5

» Angesichts der multiplen Krisen nimmt die **staatliche Repression** zu – wie wir uns dagegen wehren können

Seite 13

» Das **Massaker in Gaza** geht weiter – eine israelische Sozialistin berichtet und macht Vorschläge für die Bewegung gegen den Krieg in Österreich

Seite 16